

Sitzung vom 25. Oktober 2016

Beschl. Nr. **2016-273**

P2.C Vorschriften, Gesetze, Verordnungen
Interpellation von Markus Bürgi und 8 Mitunterzeichnenden betr. Neuregelung
der Bestimmungen zum Umgang mit Überstundensaldi im Personalstatut;
Beantwortung

Ausgangslage

Am 16. September 2016 ist die Interpellation der Mitglieder der RGKP (Markus Bürgi, FDP; Daniel Frei, FW; Thomas Iseli, FDP; Heidi Jucker, SVP; Wolfgang Liedtke, SP; Carmen Marty, SP; Daniela Morf, SVP; Fredi Morf, SVP; Walter Übersax, CVP) zur „Neuregelung der Bestimmungen zum Umgang mit Überstundensaldi im Personalstatut“ eingegangen.

Sie weisen auf das Risiko des Führens von Langzeitkonti hin (Verzerrung der Jahresrechnung), stellen fest, dass Überstunden nur in aussergewöhnlichen Situationen erforderlich sein dürfen, dass die Möglichkeit, Überstunden anzusparen, Fehlanreize schaffen kann, und vertreten den Standpunkt, dass die Regelung der Zeitkonti nicht in alleiniger Kompetenz des Stadtrats liegen solle.

Beantwortung der Fragen

1. Wie hoch liegen die Langzeitsaldi je Ressort in der Summe sowie durchschnittlich pro Mitarbeiter, jeweils gemessen in Stunden sowie monetärem Gegenwert (welcher bei Austritt der Mitarbeitenden ausbezahlt bzw. in Arbeitszeitäquivalent als Freistellung gewährt werden müsste) per letztem verfügbarem Datum?

Die Tabelle zeigt die Anzahl der summierten Guthaben der Langzeitkonti pro Ressort und den Gegenwert (gemessen am individuellen Salär). Die weiteren Spalten zeigen den Vergleich zu der summierten Sollzeit (gem. Stellenplan) bzw. zur Lohnsumme des Ressorts.

	Langzeitkonto		Relation zur Jahres-	
	Stunden	Lohngegenwert	-sollzeit	-lohnsumme
Präsidiales	346	23'340	0.78 %	0.80 %
Finanzen	237	13'727	0.64 %	0.68 %
Bau und Planung	-	-	0.00 %	0.00 %
Werkbetriebe	1'505	65'423	2.33 %	2.09 %
Sicherheit, Gesundheit	1'203	53'451	2.85 %	2.41 %
Soziales	715	35'356	1.31 %	1.25 %
Bildung	988	50'357	0.97 %	1.79 %
Total	4'994	241'654	1.41 %	1.46

2. Wie viele städtische Mitarbeiter weisen per letztem verfügbarem Datum Langzeitsaldi von über 200 Stunden aus und wie hoch liegen diese?

Keine. Die Spezialregelung von Art. 32 Abs. 3 PeV kam seit Einführung des neuen Arbeitszeitmodells (2003) ein einziges Mal zur Anwendung.

3. Sieht der Stadtrat eine Möglichkeit, die angesammelten Überzeiten je Ressort summarisch am Ende des Jahres auszuweisen (in Stunden sowie monetärem Gegenwert)?

Die Guthaben im Langzeitkonto könnten bspw. im Jahresbericht beim Personalbestand ausgewiesen werden.

4. Teilt der Stadtrat die Ansicht der RGPK, dass die Regelung bezüglich Langzeitkonten überarbeitet und das Kumulieren von Plus-Salden der Jahresarbeitszeit über mehrere Jahre hinweg abgeschafft werden sollte? Dies ggf. zugunsten einer alternativen Lösung, welche nach wie vor den Bezug längerer Ferien ermöglicht.

Der Stadtrat vertritt die Ansicht, dass es sich beim Langzeitkonto grundsätzlich um ein taugliches Instrument handelt. Allerdings gilt es auch, dieses nur kontrolliert zur Anwendung zu bringen.

Der Stadtrat pflichtet den Interpellanten bei, dass Mehrzeit (abgesehen von kleinen Schwankungen) nur in aussergewöhnlichen Situationen erforderlich sein darf. Anderenfalls sind die Aufgaben bzw. Stellenpläne zu überprüfen und aufeinander abzustimmen.

Aussergewöhnliche Situationen kommen trotzdem vor. Erwähnt seien beispielhaft längere Krankheitsabsenzen, dringende (Bau-)Projekte, Einarbeitungszeiten von neuen Mitarbeitenden, Vakanzen oder äussere Rahmenbedingungen (wie überdurchschnittlich schönes Wetter in Bezug auf das Freibad oder viel Schneefall in Bezug auf den Winterdienst). In diesen Fällen ist es oft effektiver, wenn bestehende (erfahrene und eingearbeitete) Mitarbeitende Mehrarbeit leisten, als Externe hinzuziehen (welche ja ohnehin auch Kosten verursachen würden). Gerade in diesen Fällen erachtet es der Stadtrat als sehr sinnvoll, den Mitarbeitenden zu einem späteren Zeitpunkt einen Gegenwert im Sinne von zusätzlicher Freizeit zu gewähren und so auch angemessenen Wertschätzung für das ausservertragliche Engagement auszudrücken und Erholung zu gewähren. Oftmals ist die sofortige Auszahlung der Mehrzeit von den Mitarbeitenden auch gar nicht gewünscht.

Das Ansparen von Gleitzeit durch unerwünschte Mehrarbeit ist ein Risiko, dem durch Führungsverhalten zu begegnen ist.

Die Tabelle zur Frage 1 zeigt, dass sich die Guthaben in den Langzeitkonti im Bereich von unter 1,5 Prozent der summierten Jahresarbeitszeiten bewegt. Das beweist, dass das Instrument insgesamt mit Mass angewendet wird und nicht einfach Ferien angespart werden. Zwei Fälle in einem Ressort, welche zu unerwünschten Konsequenzen geführt haben, sollten aus Sicht des Stadtrats nicht dazu führen, ein insgesamt bewährtes System abzuschaffen, sondern nur den Kontrollmechanismus zu verbessern. Die Langzeitkonti wurden entsprechend vor einigen Jahren in das Interne Kontrollsystem (IKS) integriert.

5. Ist der Stadtrat bereit, das Personalstatut und die Personalverordnung dahingehend zu überarbeiten, dass die grundlegenden Regelungen zu den Zeitkonten in das Personalstatut transferiert und nur Ausführungsbestimmungen in der Personalverordnung geregelt werden?

Der Stadtrat ist bereit, die Sonderregelung in Art. 32 Abs. 3 PeV, welche eine Äufnung im Langzeitkonto von über 200 Stunden zulässt, ersatzlos zu streichen, da sie ohnehin keine Anwendung findet. Darüber hinaus ist er gewillt, künftig die Summe der Guthaben in den Langzeitkonti im Jahresbericht zu publizieren. Damit erhält das Parlament ein Instrument zur Prüfung, dass die Langzeitkonti nicht stetig anwachsen (richtigerweise müssten sich ja Bezug und Anhäufung mittelfristig ausgleichen).

Die Regelung der Arbeitszeit, welche ja wesentlichen Einfluss auf Dienstplanung, Arbeitserfüllung, Termineinhaltung, Ansprech- und Öffnungszeiten hat, erachtet der Stadtrat jedoch als Aufgabe der Exekutive, die sie selbst wahrzunehmen und zu verantworten hat. Der kantonale Gesetzgeber hat sich im Übrigen ebenso entschieden (vgl. § 52 Personalgesetz).

Auf Antrag des Stadtpräsidenten fasst der Stadtrat, gestützt auf Art. 87 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates, folgenden

Beschluss:

- 1 Die Interpellation vom 12. September 2016 betreffend Neuregelung der Bestimmungen zum Umgang mit Überstunden im Personalstatut von Markus Bürgi, Daniel Frei, Thomas Iseli, Heidi Jucker, Wolfgang Liedtke, Carmen Marty, Daniela Morf, Fredi Morf und Walter Übersax wird gemäss den Erwägungen beantwortet.
- 2 Dieser Beschluss ist öffentlich.
- 3 Mitteilung an:
 - 3.1 Grosser Gemeinderat
 - 3.2 Verwaltungsleitung
 - 3.3 Ressortleitende

Stadt Adliswil
Stadtrat



Harald Huber
Stadtpräsident



Gregor Matter
Stv. Stadtschreiber